



ARCHIWUM  
LEGIONÓW

i N. K. N.

NR 1032

leg. 1388

Memorandum der polnischen  
sozialistischen Arbeitpartei....

1923.



leg. 1388

# Memorandum

der Polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik an den Hamburger Internationalen Kongreß über das tschechisch-polnische Verhältnis in der tschechoslowakischen Republik.

Die Polnische Sozialistische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik entstand aus der früheren Polnischen Sozialistischen Partei (PPS.) in der Republik Polen, die in Ostschlesien gewirkt hat. Nach der Grenzregelung im Juli 1920 zwischen Polen und der Tschechoslowakei konstituierte sich die Partei in Ostschlesien und Mähren (Ostrau-Korwiner Industriebezirk) und zählt gegenwärtig über 6000 (sechstausend) Parteimitglieder. Die Partei gibt ein Tagblatt, ein Wochenblatt und ein populärwissenschaftliches Monatsblatt für die Arbeiterjugend heraus. Gewerkschaftlich ist die sozialistische polnische Arbeiterschaft organisiert in den tschechoslowakischen Gewerkschaften, aber sie besitzt eine eigene nationale Sektion. Die polnischen gewerkschaftlichen Sektionen zählen gegenwärtig 18000 Mitglieder, die Genossenschaften ebensoviel. Die polnische Arbeiter-Jugendorganisation zählt gegen 3000 Mitglieder, die sportliche und turnerische Sektion über 1000 Mitglieder.

Die Polnische Sozialistische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik begrüßt mit Freude das Entstehen einer neuen, mächtigen sozialistischen Internationale, die in sich alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Parteien umfassen wird. Um eine gemeinsame Arbeit aller sozialistischen Parteien zu ermöglichen, wollen wir den Kongress kurz über unsere Verhältnisse informieren.

## 1. Vor dem Kriege.

Die nationalen Verhältnisse im Teschner Ostschlesien waren nie besonders gute. Die österreichische Bureaucratie drangsalierte die polnische Arbeiterschaft in kultureller und politischer Hinsicht. Polnische Schulen gab es sehr wenig. Dagegen wurden für das polnische Arbeitervolk utraquistische (deutsch-polnische) Schulen gegründet, wo die Jugend demoralisiert wurde, weil sie dort nichts lernte und zu unwissenden Kapitalknechten erzogen wurde. Die deutschen Genossen — die wohl wenig Einfluss damals besaßen — taten nichts, um dem polnischen Proletariat in Ostschlesien zu dessen Rechten zu verhelfen. Aber auch in organisatorischer Beziehung war die polnische Arbeiterschaft schlecht daran; denn es wurden in rein polnische Gegenden tschechische Agitatoren geschickt — und erst das erwachende Nationalgefühl änderte diese Verhältnisse.

## 2. Nach dem Kriege.

Nach dem Zerfall Oesterreich-Ungarns glaubten wir, dass sich die Verhältnisse zum Bessern ändern würden. Das polnische Proletariat im Teschner Schlesien wollte

den Anschluss an Polen. Der kapitalistische Botschafterrat entschied jedoch am 28. Juli 1920 gegen unsern Willen und ohne unser Wissen anders. Der tschechoslowakischen Republik wurde der ganze ostschlesische Industriebezirk zugeteilt. Bemerken müssen wir, dass der Botschafterrat ursprünglich beschloss, in Ostschlesien ein Plebiszit durchzuführen, aber nach einundhalbjährigem brudermörderischem Kampfe zwischen dem tschechischen und polnischen Volk wurde das Land ohne Anhören des Volkswillens geteilt, so, dass gegen 150000 polnische Bevölkerung in der tschechoslowakischen Republik verblieb.

Das polnische Proletariat war gezwungen, den also geschaffenen Zustand anzuerkennen. Ein Aufruf, den die polnischen Gewerkschaften in Ostschlesien am 28. Juli 1920 herausgaben, protestierte gegen die ungerechte Entscheidung, aber er anerkannte die Sachlage. Am 3. November 1920, also 3 Monate nach der Grenzregelung, erklärte die unterzeichnete Partei in einer Deklaration ihren Protest gegen die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung durch die tschechoslowakischen Behörden, aber gleichzeitig streckte unsere Partei im Namen der polnischen Arbeiterschaft ihre Hand aus zu den Bruderparteien der andern Nationen, und speziell zu den tschechischen Genossen, und rief sie an um Mitarbeit und Hilfe gegen die bürgerlich-kapitalistische Unterdrückung und für den Schutz der kulturellen Rechte des wehrlosen polnischen Proletariats. Aber leider waren diese Appelle nicht immer von Erfolg.

Im Laufe des Monats September 1920 schlossen die nationalistischen Elemente mit Terror und Gewalt 23 polnische Schulen mit 101 Klassen und 8000 polnischen Kindern. In vielen Schulen reduzierte man die Klassen, und die rechtswidrig gesperrten Klassen übergab man den tschechischen Schulen, die in polnischen Gemeinden gegründet wurden. Unsere Lehrer haben noch keine Stabilisationen, viele von ihnen wurden in den Staatsdienst nicht übernommen.

Seitdem vergingen fast 3 Jahre. Das polnische Volk forderte unzählige Male die Gutmachung des Unrechts und die Wiedereröffnung der rechtlos gesperrten Schulen und Klassen. Trotzdem die tschechischen Sozialdemokraten schon damals in der Regierung waren, wurde keine Abhilfe geschaffen.

Viele Staatsbedienstete polnischer Nationalität wurden aus Ostschlesien in das Innere der Republik versetzt, nur, um das polnische Arbeiterelement zu schwächen.

Das polnische Volk wurde geschädigt auch bei der Volkszählung im Februar 1921. Die Zählungskommissare strichen in vielen Fällen eigenmächtig die Rubrik Nationalität: „polnisch“ und schrieben ungesetzlich eine nicht-existierende „schlesische“ Nationalität ein, oder gar die



tschechische. Auf diese Weise wurden amtlich im ganzen in Ostschlesien 70 000 Polen gezählt; denn der eine Teil wurde vergewaltigt und der andere formalistisch zu den „Ausländern“ gezählt, deren 37 000 gezählt wurden, nur deshalb, um das polnische Element zu schwächen.

Nach der Besetzung von Ostschlesien durch die tschechoslowakischen Behörden wurden die gewählten Gemeindeverwaltungen aufgelöst und an deren Stelle ernannte die Regierung Verwaltungskommissionen. Dieselben herrschen gegen den Willen der Bevölkerung und zu ihrem Schaden. Die polnische Arbeiterschaft, die in Ostschlesien in der Mehrheit ist, wurde bei der Bildung der Kommissionen um ihre Meinung gar nicht gefragt, so dass sie grösstenteils in diesen Kommissionen nicht vertreten ist. Die Gemeinde-Verwaltungskommissionen sind auch die Quelle alles Schlechten im tschechischen Teile Ostschlesiens und tragen zur Schaffung von noch grösseren nationalen Antagonismen bei. In rein polnischen Gemeinden herrschen tschechische Regierungskommissare, unter ihnen befinden sich auch tschechische Sozialdemokraten. Auch in das Parlament fanden keine Wahlen statt, so dass die polnische Arbeiterschaft in der tschechoslowakischen Republik im Prager Parlament keinen Vertreter hat. Im polnischen Teile Ostschlesiens sind die Wahlen vor mehr als einem halben Jahre durchgeführt worden. Wir bemerken, dass sich unter der polnischen Bevölkerung Tschechisch-Ostschlesiens über 80 % Arbeiter befinden.

Freistadt, im Mai 1923.

### **Die Polnische Sozialistische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.**

Die oben angeführten Tatsachen beweisen, dass es weiterhin unmöglich ist, diese Zustände beizubehalten. Die fortwährenden Nationalitätenkämpfe erschweren den Klassenkampf und den Kampf mit dem Kapitalismus, und jedes angefangene nationale Unrecht gibt den Chauvinisten Agitationsmaterial gegen den Sozialismus.

### **3. Die letzten Monate.**

Erst im letzten Halbjahr beginnt die tschechische Sozialdemokratie diese Sachen etwas ernster zu erfassen. Zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und der unterzeichneten Partei fanden wiederholt Konferenzen statt, die den Zweck der gegenseitigen Annäherung und Hilfeleistung verfolgen. Gerade so, wie die polnische sozialistische Arbeiterpartei die tschechoslowakische Republik als den Boden ihrer Tätigkeit anerkannt hat, haben die tschechischen Sozialdemokraten die Berechtigung der Klagen und Wünsche der polnischen Arbeiterschaft anerkannt und die Verpflichtung übernommen, diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Wir hoffen, dass es auf diesem Wege in Einigung der sozialdemokratischen Parteien gelingen wird, die Verhältnisse in Ostschlesien einer Besserung zuzuführen, und dies um so mehr, als der Einigungsgeist, der von dem Hamburger Kongress ausgeht, die sozialistische Politik im Sinne des Zusammenschlusses aller proletarischen Kräfte beeinflussen wird.

